



Berlin, 19.08.2025 – Zu dem heute bekannt gewordenen Beschluss zur neu geregelten Vorhaltepauschale für Hausarztpraxen ab Januar 2026, erklären die Bundesvorsitzenden des Hausärztinnen- und Hausärzteverbandes, Prof. Dr. Nicola Buhlinger-Göpfarth und Dr. Markus Beier:

„Dieses Ergebnis ist ernüchternd. Die Selbstverwaltung hat sich schlichtweg geweigert, ihren Job zu machen. Stattdessen klammert man sich verzweifelt und ängstlich an den Status Quo.

Unter dem Strich wird sich quasi nichts ändern, denn über 90 Prozent der Zahlungen werden genau wie bisher verteilt. Auch beim Rest wird es fast keine Verschiebungen geben. Von einer Reform kann keine Rede sein. Hier wurde eine Chance mutwillig vertan.

Das Ziel des Gesetzgebers war es, gezielt und spürbar die Praxen zu stärken, die wirkliche hausärztliche Versorgung leisten – sprich beispielsweise Hausbesuche fahren, Palliativversorgung sicherstellen und Impfen. Das sind eben nicht nur die großen Praxen, sondern auch viele kleine, die jeden Tag ackern, damit die Versorgung noch sichergestellt werden kann. Im Umkehrschluss hätte das bedeutet, dass die Praxen, die das nicht tun, weniger erhalten. Dieses Ziel ist nicht erreicht worden, denn die Neuverteilung der Mittel – und damit auch die Stärkung der Leistungsträger unter den Hausärztinnen und Hausärzten - findet in homöopathischen Dosen statt. Davon wird kaum eine Praxis etwas spüren.

Das Ergebnis zeigt einmal mehr, dass die Selbstverwaltung nicht in der Lage ist, selbst eigentlich übersichtliche Reformen mutig umzusetzen. Das liegt an dem mangelnden Willen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) und des GKV-Spitzenverbandes, endlich einmal etwas anzupacken und zu verändern. Stattdessen hat man es sich im Status Quo bequem gemacht. Gleichzeitig ist man aber auch mit dem sehr komplexen EBM schlichtweg überfordert. Er behindert jede sinnvolle Innovation.

Aus diesem Schauspiel muss auch die Politik ihre Schlüsse ziehen, denn es ist klar geworden: Wenn die Politik etwas reformieren will, dann kann sie sich auf diese Selbstverwaltung und den Kollektivvertrag nicht verlassen. In Anbetracht der großen Aufgaben, die in dieser Legislatur noch auf uns alle zukommen – Stichwort Primärarztsystem – ist das ein Grund zur Sorge.“

Pressekontakt

Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V.
Bleibtreustraße 24 · 10707 Berlin
☎ 030 887 143 73-60
✉ pressestelle@haev.de
🌐 www.haev.de

Hausärztinnen- und Hausärzteverband e. V.

Bereits mehr als 32.000 Hausärztinnen und Hausärzte haben sich dafür entschieden, Mitglied in ihrem Hausärzteverband zu werden. Damit ist der Bundesverband mit seinen 18 Landesverbänden die größte berufspolitische Vertretung für Hausärztinnen und Hausärzte in Deutschland. Er vertritt die berufspolitischen Interessen seiner Mitglieder gegenüber Politik und Krankenkassen, in Ärztekammern und Kassenärztlichen Vereinigungen.